



Fragen gestellt – Hausverbot erhalten – in die Obdachlosigkeit geschickt

Über die katastrophalen Vorgänge in der ersten Modularen Unterkunft für Geflüchtete:

Wittenberger Str. 16, Marzahn

Am 03. März 2017 wurde die Notunterkunft Pankstraße (Wedding) geschlossen. Alle Bewohner*innen mussten in die Wittenberger Str. 16 (Marzahn) umziehen. *„12 Personen stellten Fragen, die Antwort war Hausverbot, die Konsequenz: Obdachlosigkeit für mehr als 10 Tage“* so Julius Martin, Pressesprecher der AG Politik von Wedding.hilft.

Warum? Hier die Schilderungen der betroffenen Geflüchteten:

Bei Eintreffen in der neuen Unterkunft herrschte Chaos. Schleppend wurden die ankommenden Geflüchteten in Zimmer verteilt. Eine Gruppe von 12 Geflüchteten fragte bei der Heimleitung des Betreibers Volkssolidarität, Frau Nowicki, nach, ob sie die Zweibett-Zimmer jeweils mit ihren Freunden beziehen könnten. Die Heimleiterin wies die Fragenden mit einem aggressiven "Nein" ab und zog sich in ihr Büro zurück. Alle weiteren Versuche, mit der Heimleitung über eine spätere Lösung ins Gespräch zu kommen, wurden vehement abgewiesen. Um die Fragenden endgültig abzuwehren, teilte Frau Nowicki schließlich mit, ihre Arbeitszeit sei zu Ende. Die Betroffenen mussten jetzt gehen und dürften auch nicht wiederkommen. Ein mündliches Hausverbot wurde erteilt, eine schriftliche Bestätigung wurde ihnen allerdings verwehrt. Die Heimleitung gab später an, sie habe sich bedroht gefühlt, zu tätlicher Gewalt sei es allerdings nicht gekommen.

Die Geflüchteten wurden an einem Freitagnachmittag in die Obdachlosigkeit verbannt ohne Chance auf Vorsprache bei zuständigen Behörden, ohne schriftliche Bestätigung des „Hausverbots“, ohne Handhabe. In den kommenden Tagen versuchten einzelne Betroffene immer wieder, Obdach zu erhalten und in der MUF Marzahn unterzukommen – ohne Erfolg.

Bis zum darauffolgenden Montag sprachen die Betroffenen wiederholt bei den zuständigen Behörden vor, wurden zwischen LAF (im ICC) und dem Bezirksamt im Rathaus Wedding hin und her verwiesen.

Niemand fühlte sich zuständig. Eine tagelange Odyssee nahm ihren Lauf (wie auch Unterstützer*innen von Wedding.hilft bezeugen können). Erst durch die Vermittlung Ehrenamtlicher konnten die Betroffenen Mitte März endlich in die Wittenberger Straße einziehen.

„Dieser Vorfall ist allerdings nur eines vieler Beispiele von Willkür durch Heimleitung und Security“, so Julius Martin. Bewohner*innen berichten, dass sie mit ihren Anliegen nicht zur Heimleitung durchdringen und mithilfe der Security „City Control“ stets abgewiesen würden. Außerdem führe die Security bei jedem Verlassen und Betreten der Unterkunft illegale Taschenkontrollen durch und verhalte sich respektlos. U.a. hätten Security-Mitarbeiter das Fahrradschloss eines Bewohners aufgebrochen, „und das Rad an anderer Stelle einfach hingeworfen. Wir fühlen uns in dieser Unterkunft sehr unwohl und diskriminiert.“

„Heimleitung und Security sind untragbar und müssen dringend abgesetzt werden“, so Julius Martin weiter. *„Der Betreiber ‚Volkssolidarität‘ und das LAF müssen endlich Verantwortung für die katastrophalen Vorgänge in dieser Unterkunft übernehmen.“*